

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreise** mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Zusätze** werden die 6spaltige Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 103.

Dresden, Mittwoch den 7. Mai 1913.

24. Jahrg.

Der Volksfürsorge ist vom Kustschtsamt für Privatversicherung die Erlaubnis zur Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs erteilt worden.

Das Frauenstimmrecht wurde im englischen Unterhaus gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Die Londoner Volkshauskonferenz hat den Entwurf der Friedensbedingungen für den Balkan fertiggestellt.

Oesterreich und Italien verzichten auf eine größere Expedition nach Albanien.

Sinaas, der den König von Griechenland tötete, hat in Saloniki Selbstmord begangen.

## Gewerbeaufsichtsbeamte über Konsumvereine.

Die preussische Regierung hatte ihre Gewerbeaufsichtsbeamten beauftragt, im Berichtsjahr 1912 auch darüber eine Untersuchung anzustellen, inwieweit und auf welchen Wegen ein direkter Bezug von Lebensmitteln im großen, also unter Ausschluß des Zwischenhandels, bereits organisiert ist. Die große und anhaltende Teuerung kann ja nun selbst auch eine preussische Regierung nicht mehr leugnen und auch nicht die dadurch bewirkte oder verstärkte Notlage der Arbeiter. Daß die Aufhebung der Lebensmittelzölle, die Verbilligung der Lebensmittel auf diese Weise, für die preussische Regierung nicht in Betracht kommt, ist leider etwas Selbstverständliches: das verbietet ihr die Rücksicht auf die Agrarier. Gar nichts zu tun oder jedenfalls überhaupt keine Stellung zur Teuerung zu nehmen, geht aber auch nicht mehr. Und so scheint sich nun die preussische Regierung entschlossen zu haben, in der Wahl zwischen dem Agrarier und den Krämer und den Fleischern den „Mittelstand“ preisgeben zu wollen, zumal er ihr gewiß noch unentbehrlicher erscheint. Denn die Enquete über die Beschaffung von Lebensmitteln im großen für die Arbeiter hätte keinen Sinn, wenn die Regierung in der Vereinfachung des Zwischenhandels nicht eine empfehlenswerte Hilfe für die Arbeiter, ein Mittel zur Bekämpfung des durch die Teuerung erzeugten Notstandes erblicken wollte. Die einzelnen Berichte über diese Frage aus allen Regierungsbezirken Preußens im letzten Jahresbericht sind denn auch ein einziges Plädoyer für den direkten Lebensmittelbezug, den Ausschluß des Zwischenhandels — und legen Endes für die konsumgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter.

Man äußert sich die Gewerbeaufsichtsbeamten sehr zurückhaltend über die Konsumvereine der Arbeiter, zumal sie ja auch nur referieren dürfen. Und sie berichten im wesentlichen von den Einrichtungen der Unternehmer: über den Bezug von Lebensmitteln für die Arbeiter durch die Fabrikbesitzer, über die Werkkonsumvereine usw. Aber der Zwischenhandel wird ja durch alle diese Maßnahmen und Einrichtungen ausgeschlossen, und das wenige, das über die Konsumvereine der Arbeiter mitgeteilt wird, genügt, um zu erkennen, daß diesen auch die Gewerbeaufsichtsbeamten hohen Wert beilegen. „Für die Verbilligung der Lebensmittelbeschaffung für die Arbeiterkreise kommen als nicht zu unterschätzende Faktoren die Konsumvereine in Betracht“, sagt der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Potsdam und schildert sodann die Leistungen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung. Der Bezug von Lebensmitteln durch die Unternehmer hat im vergangenen Jahr aber auch stark abgenommen, weil die Fabrikbesitzer dem Verlangen der Kleinhandlärer stattgegeben und den Bezug eingestellt haben. Im Bezirk Breslau soll aus diesen Gründen die Lebensmittelbeschaffung durch die Unternehmer „ganz beträchtlich zurückgegangen“ sein. Aber der Aufsichtsbeamte sagt zur Erklärung dieser Erscheinung auch, es sei zu berücksichtigen, „daß namentlich die auf freigewerblicher Grundlage beruhenden Konsumvereine sehr stark wachsen, immer größere Arbeitermassen in sich vereinen und deren Versorgung mit Lebensmitteln an sich ziehen“. Wo Arbeiterkonsumvereine auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden, gehen aber auch die Werkkonsumvereine zurück. So hat im Bezirk Stade der Konsumverein einer Fabrik bedeutend an Umsatz verloren infolge der Errichtung eines allgemeinen Arbeiterkonsumvereins. Im Bericht aus dem Regierungsbezirk Minden heißt es: „Die von den Gewerkschaften gegründeten Konsumvereine in Westfalen und Westfalen, die u. a. auch große Wärdereien betreiben, versorgen nicht nur ihre Mitglieder innerhalb der beiden Städte mit Lebensmitteln, sondern sind auch mit Erfolg bestrebt, durch einen weitverbreiteten Dreifachbetrieb unter Zuhilfenahme von Lastkraftwagen ihr Abgabebiet immer weiter auf die Umgegend dieser Städte auszudehnen.“

Gegenüber den Arbeiterkonsumvereinen auf genossenschaftlicher Grundlage verschwinden alle die vielen kleinen „Werkkonsumvereine“ der Unternehmer, sei es ein zeitweiliger Bezug von Lebensmitteln und Kohlen, oder sei es ein Werkkonsumverein. Vom Bezug von Lebensmitteln und Kohlen wollen die Unternehmer wie die Arbeiter nicht viel wissen. Im Bezirk Aachen sind die Unternehmer, von diesen wieder abgesehen, weil die Abgabe an die Arbeiter-

schaft zu allerhand Unannehmlichkeiten, Beanstandungen der Güte usw. geführt hat“. Auch wollten die Arbeitgeber den Schwierigkeiten aus dem Wege gehen, die sich ergeben, wenn der Austritt erfolgt, bevor der Arbeiter die noch geschuldeten Beträge erhalten hat. Die Werkkonsumvereine können aber vielfach nicht das Vertrauen der Arbeiter erhalten, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiter nichts mitzubedenken haben. Im Regierungsbezirk Düsseldorf läßt die Vereinfachung der Arbeiter an den Konsumvereinen der Fabriken scheinbar zu wünschen übrig, „und einige Werke haben sie wegen zu geringer Beteiligung wieder eingehen lassen“. Der Gewerbeaufsichtsbeamte glaubt zwar, der Grund für den Mißerfolg liege vornehmlich darin, „daß in den Konsumvereinen der Grundgedanke, die Waren nur gegen Barzahlung zu verabsorgen, streng durchgeführt“ werde. Aber das geschieht in den auf genossenschaftlicher Grundlage beruhenden Arbeiterkonsumvereinen auch, und sie entwickeln sich trotzdem oder gerade deswegen so prächtig.

Was die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten entweder nicht erkannt haben oder nicht anerkennen dürfen, das ist der Wert der genossenschaftlichen Erziehung für die Durchführung des direkten gemeinsamen Bezugs von Lebensmitteln für die Arbeiter, also für die Vereinfachung des Zwischenhandels. Nur so wird es erklärlich, daß der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Trier schreiben konnte:

„Das Vorgurwesen steht in mehreren Orten in voller Blüte und beeinflusst die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung höchst ungünstig. Arbeiter, die den Kredit der Bäcker, der Metzger und der Kaufleute in Anspruch nehmen, kaufen im allgemeinen zu hohen Preisen. Diesen Arbeitern ist aber mit dem Bezug von Lebensmitteln im großen wenig geholfen, auch nicht mit Konsumvereinen, da beide Einrichtungen mit Barzahlung arbeiten. Die Grundfrage über Lebensmittelversorgung ist die, wie zu erreichen ist, daß der Arbeiter seinen Lebensmittelbedarf bar bezahlt. Daß durch Lösung dieser Frage die Lebenshaltung bedeutend verbessert werden könnte, unterliegt keinem Zweifel. Die Vereinfachung eines großen Teiles der Arbeiterbevölkerung aus dem Zustand des ständigen Schuldenmachens ist leider bis jetzt eine ungelöste Aufgabe geblieben.“

Diese Aufgabe wird aber gelöst von den Konsumgenossenschaften, die ihre 2 1/2 Millionen Mitglieder zur Barzahlung erzogen haben. Und wenn es den Regierungen ernst damit wäre, eine Verbilligung der Lebensmittel zu fördern, so müßten sie dazu übergehen, den Konsumvereinen der Arbeiter jede Unterstützung abzugeben zu lassen. Das ergibt sich auch ganz zweifellos aus den Erhebungen der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

## Friedensklänge.

Der internationale Himmel lacht einmal wieder in hellem Blau. Die dunkle Skutari-Wolke hat sich verzogen und auch die „albanische Gefahr“ erscheint wesentlich gemildert. Nach Meldungen der Südslawischen Korrespondenz entsprechen die Mitteilungen, die vor einigen Tagen über Esad Pascha's Pläne verbreitet wurden, nicht der Wahrheit. Jene Mitteilungen, so heißt es jetzt, beruhten nur auf montenegrinischen und serbischen Ausstellungen, die die Situation verwirren sollten. Nunmehr haben in Timova Unterredungen der dortigen Konsuln Oesterreichs, Italiens und Frankreichs mit Esad stattgefunden. Dabei habe sich ergeben, daß Esad weder sein Königtum unter türkischer Oberhoheit ausüben, noch die Abtretung albanischer Gebiete, sei es im Norden an Montenegro noch im Süden an Griechenland, zugelegt hat. Vielmehr habe Esad bereits seine albanischen Soldaten entlassen und er werde die türkischen Truppen mit denen Dschawid Paschas vereinigen und nach Anatolien zurückziehen. Ferner sollen zwischen der provisorischen Regierung Albanien und Esad Pascha Verhandlungen im Gange sein, nach denen Esad das Kriegsverfahren in der neuen albanischen Regierung übertragen werden soll. Schließlich wird noch gemeldet, daß die letzten serbischen Soldaten Durazzo verlassen haben.

Damit ist jeder Anlaß für die beabsichtigte Expedition Oesterreichs und Italiens in albanisches Gebiet beseitigt. Besonders die Bevölkerung Oesterreichs kann froh sein, daß dieser unsinnige, kostspielige und gefährliche Plan der Staatsmänner sich durch den Gang der Ereignisse erledigt hat. Mit alledem ist natürlich nicht gesagt, daß ebenso schnell, wie die Aufhebung der Situation am Balkan in den letzten Tagen erfolgte, auch wieder neue Schwierigkeiten und Krisen entstehen können. Noch sind viele Fragen in dem Balkangebiet ungelöst und in Kleinasien drohen neue Konflikte.

## Die Stimmung in Montenegro.

Die Südslawische Korrespondenz meldet aus Cetinje: Die Haltung der Militärs, die dem Kronrat beigegeben worden waren und die für ein Nachgeben Montenegros eintraten, erschien nicht zuletzt durch die Stimmung in der Armee bedingt, die man ebensowenig eine aktionslustige nennen kann, wie im Lande selbst keine kriegerische Begeisterung herrscht. Die gegenseitigen Kränkungen des Königs und der Minister waren nur dazu bestimmt, Stimmungsmache im Aus-

land zu treiben. Montenegro ist durch den vielmonatigen Krieg mit der Türkei an den Rand eines wirtschaftlichen Bankrotts gekommen; die Blockade trug außerdem dazu bei, eine Hungersnot in nächste Nähe zu rücken. Die Bevölkerung, die seit Monaten den größten Entbehrungen ausgesetzt ist, verlangt immer dringender nach einem Ende der gegenwärtigen Lage, und man konnte hier selbst gar nicht ernstlich daran glauben, daß der König oder die Regierung einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn riskieren würde, von dessen absoluter Aussichtslosigkeit hier jedermann überzeugt war. Die Generale verdolmetzten im Kronrat nur die Stimmung der Armee und der Bevölkerung, zumal da die Truppen vielfach die Entlassung nach Hause verlangten.

Die Nachrichten über eine Räumung Skutaris werden hier ohne weitere Erschütterung aufgenommen, von einer Ablehnung einzelner krieglustiger Stämme oder einer Bedrohung der Dynastie ist keine Rede. Das Land ist in einer derart verzweifeltsten Lage, daß es jetzt nur ein Gefühl der Erleichterung hier geben kann, den Gefahren einer neuen aussichtslosen Verwicklung entgangen zu sein.“

Ferner wird aus Cetinje vom 6. Mai gemeldet: Ein amtliches Communiqué gibt bekannt, daß Skutari den Mächten übergeben wird. Da das Kabinett des Generals Martinowitsch mit dieser Maßregel nicht einverstanden sei, hat der König die Demission des Kabinetts angenommen. Es erfolgte die Ernennung von Rjuschkowitsch zum Ministerpräsidenten. Rjuschkowitsch weist augenblicklich als montenegrinischer Finanzdelegierter in Paris. Seine Rückberufung kennzeichnet den Sieg der Diplomaten über die Militärpartei.

## Die Oesterreichisch-italienische Aktion in Albanien.

Wien, 6. Mai.

Das offiziöse Fremdenblatt schreibt: Daß der Wille Europas sich endlich durchgesetzt hat, darf man als ein Zeichen dafür betrachten, daß auch die übrigen europäischen Weltteile über die albanische Frage ohne Komplikationen werden durchgeführt werden. Ebenso erwarten wir, daß das Tempo bei der Lösung der Verhältnisse über die Südgrenze Albanien, das albanische Statut sowie der ordnungsbefähigte Zustand der Dinge in Albanien dem von den nächstberechtigten Mächten getragenen unerschütterlichen Willen entsprechen wird, an ihren Interessen in diesem Lande keinesfalls zu scheitern zu lassen.

Die Wiener Allgemeine Zeitung schreibt: Sollte sich die sehr viel Wohlwollendheit enthaltende Auffassung bestätigen, daß Esad Pascha den ihm von montenegrinischer und serbischer Seite zugeschriebenen Quertreibereien vollständig fernbleibt, so würde es wohl in der Natur der Sache liegen, daß Oesterreich-Ungarn sich bemühen würde, abgesehen der provisorischen albanischen Regierung und Esad Pascha ein Zusammenwirken herbeizuführen. Esad Pascha genießt großes Ansehen unter seinen Landsleuten und verfügt über eine beträchtliche Anzahl albanischer Truppen. Es könnte nur förderlich sein, wenn es gelänge, der provisorischen Regierung die Unterstützung eines so wichtigen Faktors, wie ihn Esad Pascha darstellt, zu sichern, und die Macht, über die er verfügt, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Albanien zu verwenden. Die Bemühungen Oesterreich-Ungarns dürften daher dahin gehen, eventuell eine Kooperation zwischen Esad Pascha und der albanischen Regierung herzustellen.

Rom, 6. Mai.

In diplomatischen Kreisen verlautet, daß, falls die bisherigen Meldungen über das angebliche Auftreten Esad Paschas gegen die Beschlüsse Europas sich nicht bestätigen, die gemeinsame Aktion Oesterreich-Ungarns und Italiens sich darauf beschränken wird, mit beiderseits gleich starken kleineren Truppenkontingents die Ordnungsgewalt in Albanien vorläufig auszuüben. Währenddessen soll eine aus Albanern zusammengesetzte Gendarmerie ins Leben gerufen werden, welcher nach ihrer Ausbildung durch europäische Offiziere die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegen wird. Außerdem werden Oesterreich-Ungarn und Italien es sich angelegen sein lassen, das neue Albanien wirtschaftlich lebens- und entwicklungsfähig zu machen.

## Die Bedingungen des Balkanfriedens.

London, 6. Mai.

Politiker haben gestern abend ihren Regierungen den Entwurf der Friedensbedingungen telegraphiert, der als Ergebnis der Verhandlungen der Völkervereinigung in London aufgestellt worden ist. Es wird erwartet, daß die Genehmigung der Regierungen bis zum Donnerstag eintrifft. § 1 verzeichnet die Tatsache, daß Friede und Freundschaft unter den Kriegführenden wieder hergestellt sind. § 2 legt die Abtretung allen Gebietes westlich der Linie Enos-Midia seitens der Türkei vor. In einem weiteren Artikel geben die Kriegführenden ihre Zustimmung, die Grenzen und das Statut Albanien durch die Mächte festlegen zu lassen. Akroa soll an Griechenland abgetreten werden, während das Schicksal der ägäischen Inseln und des Berges Athos der Entscheidung der Mächte vorbehalten bleibt. § 3 sieht vor, daß alle finanziellen und wirtschaftlichen Fragen von der in Paris tagenden finanziellen Kommission behandelt werden sollen. — Während man erwartet, daß die übrigen Balkanstaaten den Entwurf der Friedensbedingungen annehmen werden, wird in griechischen Kreisen in London für nicht unwahrscheinlich gehalten, daß Griechenland zunächst einige Sicherheit hinsichtlich der ägäischen Inseln und der Grenze von Epirus fordern dürfte.

## Russische Untertöne in Armenien.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die armenische Frage beginnt in Privatgesprächen